



EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 29. MÄRZ 2025

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

ZEIT UND ORT

Samstag, 29. März, 10 Uhr 45
Simplonhalle
Rhonesandstrasse 18A
3900 Brig-Glis

KONTAKT

Medien: Florian Wüstholtz, Medienverantwortlicher, +41 31 326 66 18
Organisation: Robin Sobari, Koordinator*in Parteigremien und Events, +41 31 511 93 22
Tagespräsidentin: Brigitte Wolf, Co-Präsidentin Grüne Oberwallis

VERPFLEGUNG

Für das Mittagessen werden vor Ort Bons verkauft.

TRAKTANDEN

- 10.45 Begrüssung und Hinweise zur Delegiertenversammlung**
- 10.55 Grussbotschaft**
- Céline Dessimoz, Grossrätin GRÜNE Kanton Wallis
- 11.05 Präsidialrede**
- Lisa Mazzone, Präsidentin
- 11.20 Resolution «Handel Wandeln: Fair Trade statt Free Trade»**
- Nicolas Walder, Nationalrat GE
- 11.35 Podium Aussenpolitik**
- Nicolas Walder, Nationalrat GE
 - Seraina Patzen, Co-Geschäftsführerin Koalition für Konzernverantwortung
 - Angela Mattli, Expertin für Aussenhandel
 - Luzian Franzini, Co-Präsident ALG Kanton Zug (Moderation)
- 12:30 Mittagspause**
- 13:30 Gespräch zum demokratischen Aufbruch in Serbien**
- Christine Badertscher, Nationalrätin BE
 - Jelena Filipovic, Stadträtin Bern
- 13:55 Resolution «Die Schweiz muss Klimaanpassungen aktiv vorantreiben»**
- Marionna Schlatter, Nationalrätin ZH
 - Samantha Bourgoïn, Grossrätin TI
- 14:40 Abstimmungsparole zur Abschaffung des Eigenmietwerts**
- Sophie Michaud Gigon, Nationalrätin VD
- 15.30 Statutarisches**
- Wahl Revisionsstelle
- 15.35 Varia**
- Auswertung Genderprotokoll
- 16.00 Apéro**

[Resolution](#)

[Resolution](#)

[Abstimmungsdossier](#)

[Antrag Revisionsstelle](#)

HANDEL WANDELN: FAIR TRADE STATT FREE TRADE

Die Schweiz gehört zu den am stärksten globalisierten Staaten und zu den 20 grössten Volkswirtschaften der Welt. Sie hat wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung profitiert. Dies jedoch zu einem grossen Teil auf Kosten der Menschen im globalen Süden sowie auf Kosten der Umwelt. Denn die Menschheit hat für dieses Wirtschaftsmodell so viele natürliche Ressourcen aus der Erde gekratzt, gepumpt und geschaufelt, dass viele davon bald ausgehen. Ihr Abbau und ihre Verarbeitung verursachen irreversible Schäden an der Umwelt, führen zur Ausbeutung und Entrechtung von Menschen und, in letzter Konsequenz, zu Kriegen.

Hinzu kommt: So generiertes Wirtschaftswachstum erhöht längst nicht (mehr) den Lebensstandard aller, sondern es öffnet die Schere zwischen Arm und Reich. Korruption, der globale Tiefsteuerwettbewerb sowie Dumping von Umwelt- und Menschenrechtstandards führen dazu, dass viele ressourcenreiche Länder arm bleiben. Das globale Wirtschaftsmodell, in welchem die Schweiz aufgrund ihres Rohstoffhandels und ihres Finanzmarktes zu den Schwergewichten gehört, ist nicht nachhaltig. Wir leben auf Kosten künftiger Generationen und auf Kosten anderer, ärmerer Staaten – und wir schmälern damit deren Lebenschancen und Freiheiten.

Die Schweiz hat eine globale Verantwortung – doch sie zieht sich immer stärker aus dieser zurück! Statt sich mit ihren europäischen Partner*innen für eine faire, regelbasierte internationale Ordnung einzusetzen und so die Umwelt- und die Klimakrise zu bewältigen, biedert sich der Bundesrat der autoritären US-Führung unter Donald Trump an. Statt den weltweiten Hunger und die Armut zu bekämpfen, streicht der Bundesrat die Entwicklungszusammenarbeit zusammen und lässt die Menschen in den Krisenherden dieser Welt – in der Ukraine, in Gaza, im Sudan, in Afghanistan – im Stich. Statt den nachhaltigen Handel und die lokale Kreislaufwirtschaft zu fördern, forciert der Bundesrat den weltweiten Freihandel mit Ländern wie China oder den Mercosur-Staaten – auf Kosten des Regenwalds oder den unterdrückten Gemeinschaften wie den Uigur*innen und den Tibeter*innen in China.

Das muss sich ändern. Statt weitere eine No-Future-Politik zu betreiben, muss die Schweiz ihre globale Verantwortung wahrnehmen und aufhören, auf Kosten von Mensch und Umwelt zu wirtschaften. Die Hebel, welche die Schweiz im globalen Wirtschaftssystem dafür hat, sind beträchtlich: beim Freihandel, in der Entwicklungszusammenarbeit und mit ihrem Finanzplatz und Rohstoffsektor.

1.1 KEIN FREIHANDEL OHNE SCHUTZ DER UMWELT UND DER MENSCHENRECHTE

Folter, Zwangsarbeit, kulturelle Unterdrückung: Die Menschenrechtssituation in China ist katastrophal. Und sie hat sich in den vergangenen Jahren sogar verschlimmert. In Brasilien sind derweil die Auswirkungen einer durch die zunehmenden Agrar-Exporte befeuerten

Industrialisierung der Landwirtschaft zu beobachten: Landvertreibung von Kleinbäuer*innen und indigenen Gemeinschaften, Abholzung des Regenwalds und grossflächigen Monokulturen, welche die Böden erodieren und vergiften und Wasser versiegen lassen.

Doch der Bundesrat verschliesst vor all dem die Augen. Er will nichts wissen von einem Importverbot von Gütern, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Genau so wenig wie von der Förderung des fairen Handels oder dem Schutz des Regenwaldes. Stattdessen arbeitet er an neuen Freihandelsabkommen mit China oder den Mercosur-Staaten. Und er erhofft sich, dank seiner Anbiederung gegenüber der Trump-Regierung, neues Feuer für ein Freihandelsabkommen mit den USA.

Für uns GRÜNE ist jedoch klar: Der internationale Handel soll auf fairen Spielregeln beruhen und in den dafür zuständigen multilateralen Organisationen – insbesondere im Rahmen der UNO-Institutionen – ausgestaltet werden. Neue bilaterale Freihandelsabkommen jedoch, welche keine greifbaren und durchsetzbaren Bestimmungen für nachhaltigen Handel und den Schutz der Menschenrechte enthalten, werden wir aktiv bekämpfen – auch mit dem Referendum.

1.2 NACHHALTIGE ENTWICKLUNG STATT AUSBEUTUNG UND ZERSTÖRUNG

Die Schweiz ist ein globales Schwergewicht im Rohstoffsektor und in der Finanzbranche. Doch statt verantwortungsvoll zu wirtschaften, richten diese Branchen und die in ihr tätigen Unternehmen noch immer weltweit grossen Schaden an – an Mensch und Umwelt. Der Schweizer Finanzplatz verantwortet heute beispielsweise das 18-fache der gesamten inländischen CO₂-Emissionen der Schweiz. Trotzdem sperren sich der Bundesrat und die Branche vehement gegen jegliche noch so harmlose Klimavorgaben. Und der Schweizer Rohstoffhandelsplatz finanziert nicht nur die Kriegsmaschinerie ausländischer Autokraten, sondern er ist weltweit verwickelt in Fälle von Korruption, Geldwäscherei, Steuerhinterziehung, Umweltverschmutzung sowie in Menschenrechtsverletzungen. Trotzdem weigern sich der Bundesrat und die Branche vehement gegen jegliche Bemühungen, wie der Schaffung einer Rohstoffmarktaufsicht, einer tauglichen Korruptions- und Geldwäschereibekämpfung oder der Einführung einer Kriegsgewinnsteuer, welche diese dreckigen Geschäfte zumindest eindämmen sollen.

Für uns GRÜNE ist jedoch klar: Schweizer Geld und Schweizer Unternehmen dürfen sich nicht weiter an der Zerstörung von Mensch und Umwelt beteiligen.

- Wir fordern darum mit unserer Finanzplatz-Initiative, dass der Schweizer Finanzplatz seine klimaschädlichen Geschäfte beendet und das frei gewordene Geld in nachhaltige Projekte investiert.
- Wir fordern mit der Konzernverantwortungsinitiative, dass Schweizer Konzerne auch im Ausland die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten.
- Wir fordern mit dem Ausbau der einheimischen Energien, dass die Schweiz endlich aufhört mit ihren Öl-, Gas- und Uranimporten Kriegen zu finanzieren.
- Wir fordern, dass die Schweiz ihre globale Verantwortung wahrnimmt und mindestens ein Prozent ihres Bruttoinlandproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit investiert – statt in die Erhöhung des Armeebudgets.

- Wir fordern, dass neue Freihandelsabkommen der Schweiz griffige und durchsetzbare Regeln zur Einhaltung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt enthalten. Problematische Freihandelsabkommen wie diejenigen mit China, den Mercosur-Staaten oder den USA, welche diese Bedingungen nicht erfüllen, werden wir aktiv bekämpfen – auch mit dem Referendum.

RESOLUTION «DIE SCHWEIZ MUSS KLIMAAANPASSUNGEN AKTIV VORANTREIBEN

In der Nacht auf den 29. Juni 2024 kam es in zahlreichen Tälern des Wallis zu Hochwassern. Im ganzen Kanton richteten Steinschläge, Erdrutsche und Überschwemmungen verheerende Schäden an. In Saas-Grund kam eine Person in den Fluten ums Leben. In Siders trat die Rhone über die Ufer, das Hochwasser überflutete Infrastrukturen, Menschen mussten in der Nacht ihre Häuser verlassen. Die Flut verwüstete eine Fabrik.

Am gleichen Wochenende zerstörten im Tessiner Vallemaggia Murgänge Teile von Siedlungen, Strassen und über hundert Gebäude. Ganze Talabschnitte waren von der Zivilisation abgeschnitten. Mindestens sieben Menschen verloren dabei ihr Leben.

Nur eine Woche zuvor führten heftige Gewitter im ganzen Bündner Misoix zu Murgängen und Überschwemmungen. Eine Schuttlawine begrub zwei Menschen, eine Person gilt noch immer als vermisst. Ein Hangrutsch zerstörte verschiedene Autobahn- und Kantonsstrassenabschnitte, die für mehrere Tage gesperrt blieben. Das Unwetter zerstörte und beschädigte das Zuhause von Dutzenden Menschen.

Mindestens zehn Todesopfer, hunderte zerstörte oder beschädigte Gebäude und Schäden in Höhe von rund 200 Millionen Franken hinterliessen die Unwetter dieser zehn Tage.

Die immer häufigeren und intensiveren Extremereignisse zeigen: Die Klimakrise ist längst Realität, auch in der Schweiz.

Die Klimakrise ist auch eine Gesundheitskrise. Steigende Temperaturen und Luftverschmutzung führen zu Krankheiten und Todesfällen. Die vermehrten Hitzewellen und die damit zusammenhängende erhöhte bodennahe Ozonkonzentration können Hitzschlag, Herzinfarkt und akutes Nierenversagen zur Folge haben. Allein im Hitzesommer 2019 sind in der Schweiz 521 Menschen aufgrund der hohen Temperaturen verstorben.

Unsere Infrastrukturen, Ökosysteme und auch unsere Gesundheit sind diesen Extremen oft nicht gewachsen. Deshalb sind auch in der Schweiz Klimaanpassungsmassnahmen unverzichtbar: Zum Schutz der Lebensgrundlagen und der Gesundheit der Menschen. Sie bilden einen solidarischen Beitrag, damit jede*r in der eigenen Gesundheit und Integrität geschützt wird – unabhängig von Geschlecht, Alter und finanziellen Ressourcen.

Anders als von Bundesrat Rösli behauptet, sind Klimaanpassungsmassnahmen noch lange keine Klimapolitik. Sie machen nur dann Sinn, wenn sie von einem konsequenten Klimaschutz und einer drastischen Reduktion von CO₂-Emissionen an der Quelle begleitet werden.

Aber auch in der Schweiz sind sie dringend notwendig, um Menschen, Ökosysteme und Infrastrukturen vor den bereits spürbaren – und sich in Zukunft weiter verschärfenden – Folgen der Klimakrise zu schützen. Leider ist seit spätestens letztem Sommer klar: die bürgerliche Mehrheit in Bern hat die Dringlichkeit nicht realisiert. Die betroffenen Regionen brauchen eine echte Unterstützung: Es geht um den Zusammenhalt eines Alpenlandes.

Wir GRÜNE fordern deshalb:

- Der Verkehr ist einer der wichtigsten Treiber der Klimaerhitzung. Statt dass aus dem Nationalstrassenfonds (NAF) noch mehr Milliarden in einen überdimensionierten und bei der Bevölkerung nicht mehr mehrheitsfähigen Autobahnausbau fliessen, soll sich der NAF an der Finanzierung von Klimaanpassungsmassnahmen in Berggebieten, auf dem Land und in den Städten beteiligen. Die teilweise Umwidmung des Nationalstrassenfonds bremst so den Treibhausgasausstoss des Verkehrs und bekämpft die Folgen der Klimaerhitzung.
- Es braucht eine Klimaversicherung für Schäden durch extreme Naturereignisse. Die Kosten für die Schweiz bei einer weiteren globalen Erwärmung werden in den nächsten Jahrzehnten enorm steigen und bis 2050 jährlich mehrere Milliarden Franken ausmachen. Der Bund muss jetzt prüfen, wie diese Schäden mit einer staatlichen Lösung versichert werden können.
- Hochwasserschutz- und Renaturierungsmassnahmen sind eine Win-Win-Lösung, um Bevölkerung und Wirtschaft vor Hochwasserschäden zu schützen und gleichzeitig hochwertige Naturräume für eine vielfältige Biodiversität und attraktive Freizeitaktivitäten zu gestalten. Wir fordern, dass solche Projekte, wie beispielsweise die dritte Rhonekorrektur, aktiv und entschlossen vorangetrieben werden.
- Die Häufung von Extremwetter durch die Klimaerwärmung führt zu einer höheren Nachfrage von Katastrophenhilfe und militärischen Einsätzen in betroffenen Gebieten. Statt weiter unnötig Geld in noch mehr Panzer und Artillerie zu verpulvern, soll die Schweizer Armee sich deshalb mit den Herausforderungen von Umweltkatastrophen auseinandersetzen und eine Strategie Klima und Verteidigung ausarbeiten. Und anstatt das Militärbudget für Rüstungsbeschaffungen zu verdoppeln, müssen Bundesrat und Parlament den zivilen Katastrophenschutz stärken.
- Auch in der Schweiz ist Wasser nicht unendlich verfügbar, sondern wird aufgrund der Klimaerhitzung und Umweltverschmutzung zu einer knappen Ressource. Es braucht deshalb grüne Lösungen gegen Wasserknappheit. Dazu gehört die Priorisierung von Trinkwasser für den menschlichen Konsum oder die vermehrte Nutzung von Regenwasser und aufbereitetem Abwasser. Ebenfalls ist zwingend ein intelligentes Wassermanagement notwendig, bei dem das vorhandene Wasser gerecht verteilt und der Wasserverbrauch reduziert werden kann.
- Die Klimaerwärmung zieht Gefahren für unsere Bergregionen nach sich. Diese Regionen beherbergen 40% der landwirtschaftlichen Betriebe, sind Teil unserer Kultur und spielen eine wichtige Rolle für den Tourismus. Dieses wirtschaftliche und soziale Leben in den Schweizer Bergen wollen wir erhalten. Dafür braucht es Schutz-, Anpassungs-, Milderungs- und Übergangsmassnahmen. Der Bund soll den notwendigen Strukturwandel hin zu einem nachhaltigen Tourismus und einer nachhaltigen und klimaangepassten Landwirtschaft begleiten und unterstützen.
- In den Städten sind ebenfalls dringend Klimaanpassungsmassnahmen erforderlich. Dazu zählt die Umsetzung des «Schwammstadt-Prinzips», einschliesslich der Entsiegelung von unnötig asphaltierten Flächen sowie die gezielte Begrünung freier Infrastrukturen und dem öffentlichen Raum.
- Die Klimakrise und die Umweltverschmutzung sind die grössten gesundheitlichen Bedrohungen unserer Zeit. Wir fordern deshalb u.a. einen nationalen Hitze-Aktionsplan und Massnahmen, um die Bevölkerung vor Überhitzung und dessen gesundheitlichen Folgen zu schützen.
- Bundesrat, Parlament und Verwaltung denken zu stark in Silos. Dabei ist Klima- und Umweltschutz immer auch Gesundheitsschutz. Dieses ganzheitliche Denken muss dringend verankert werden. Deshalb sollen beispielsweise zukünftig nicht nur die finanziellen Auswirkungen neuer Bundesgesetze überprüft werden, sondern auch ihre Auswirkungen auf unsere Umwelt und unsere Gesundheit (Umwelt- und Gesundheitsfolgenabschätzung).

Die Folgen der Klimaerhitzung trifft vor allem aber auch die ärmsten Länder auf der Welt. Dürren, Überschwemmungen und extreme Wetterereignisse zerstören ihre Lebensgrundlagen und zwingen sie zur Migration. Die Schweiz hat sich mit der UNO-Klimakonvention verpflichtet, auch international einen gerechten Beitrag an die internationale Klimafinanzierung zu leisten, damit sich die Länder, die am meisten von der Klimakrise betroffen und am wenigsten dazu beigetragen haben, an die Klimaerhitzung anpassen können. Dieser Verpflichtung kommt unser Land jedoch immer noch nicht nach. Wir GRÜNEN fordern nachdrücklich, dass die Schweiz mehr für die Klimagerechtigkeit tun muss. Sie soll sich mit jährlich einer Milliarde Franken an der internationalen Unterstützung der ärmsten Länder bei der Bekämpfung der Klimakrise beteiligen. Diese Gelder sollen die bestehende Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit (IZA) ergänzen, nicht ersetzen.

ABSTIMMUNGSDOSSIER ABSCHAFFUNG EIGENMIETWERT

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

Übersicht über die Abstimmung im Parlament, die Parolenempfehlung der Geschäftsleitung (GL) und den Beschluss der Delegiertenversammlung (DV):

Bundesgesetz über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung	Fraktion: 3 Ja, 15 Nein, 8 Enthaltungen GL: 5 Nein, 2 Enthaltungen DV: TBD
Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften	Fraktion: 19 Ja, 3 Nein, 4 Enthaltungen GL: 5 Nein, 2 Enthaltungen DV: TBD

NEIN ZUR ABSCHAFFUNG DES EIGENMIETWERTS

Nein zum Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften.

Folgende Textelemente sind zur Veröffentlichung vorgesehen und dürfen von Sektionen der GRÜNEN frei verwendet werden:

DARUM GEHT'S

Selbstgenutztes Wohneigentum wird heute mit dem sogenannten Eigenmietwert besteuert. Die Abschaffung dieses Eigenmietwerts ist ein politischer Dauerbrenner und bereits mehrfach gescheitert – sowohl im Parlament wie auch in Volksabstimmungen. Der Eigenmietwert geht tatsächlich mit Problemen einher, insbesondere weil das heutige System ein Anreiz darstellt Schulden zu machen und diese nicht zu amortisieren. Grundsätzlich haben die GRÜNEN einen Systemwechsel und eine Abschaffung des Eigenmietwerts denn auch unterstützt – sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind. Der Systemwechsel sollte insbesondere sowohl für Erst- und Zweitliegenschaften gelten, er sollte mit einer (möglichst) vollständigen Abschaffung der Abzüge einhergehen und er sollte möglichst aufkommensneutral ausgestaltet sein.

Insbesondere der letzte Punkt ist mit der Vorlage jedoch nicht erfüllt, welche das Parlament im Dezember 2024 verabschiedet hat und die nun in diesem Jahr zur Abstimmung kommt. Die Vorlage wird bei der aktuellen Höhe des Referenzzinssatzes zu jährlichen Steuerausfällen von rund 1.6 Milliarden Franken führen, wovon rund zwei Drittel bei den Kantonen und ein Drittel beim Bund anfallen. Und das in einer Zeit, in welcher der Bundesrat aufgrund der Erhöhung des Armeebudgets sowieso bereits ein milliardenschweres Sparpaket aufgegleist hat – mit massiven Einschnitten beim Klimaschutz, beim öffentlichen Verkehr oder der Förderung von Kitas. Die Kantone könnten einen Teil der Einnahmeausfälle durch eine neue «Objektsteuer» ausgleichen, welche insbesondere bei vermögenden Personen mit Zweitwohnungen zur Anwendung kommen würde. Es ist jedoch völlig offen, ob solche neuen Objektsteuern in den bürgerlich dominierten Kantonsparlamenten eine Mehrheit finden – und letztlich auch wie viele der kantonalen Steuerausfälle so kompensiert werden könnten. Auf Bundesebene fehlt ein Kompensationsmechanismus völlig.

Mit dem Systemwechsel würden zudem auch Steuerabzüge für ökologische Massnahmen, z.B. für Energiesparmassnahmen wegfallen (Bundessteuer) respektive ein Ablaufdatum erhalten (kantonale und kommunale Steuern). Tatsächlich sollten energetische Sanierungen idealerweise nicht über Steuerabzüge, sondern über Bauvorschriften und direkten Fördermassnahmen unterstützt und vorangetrieben werden. Diese Instrumente sind – aufgrund der geringeren Mitnahmeeffekte – effektiver und – weil Menschen mit hohem Einkommen nicht überproportional profitieren – erst noch gerechter als Steuerabzüge. Da der Bundesrat gleichzeitig jedoch auch noch das Gebäudeprogramm abschaffen will, mit welchem energetische Sanierungen direkt gefördert werden, droht insgesamt ein massiver Rückschritt beim Klimaschutz im Gebäudebereich. Das wäre fatal, denn der

Gebäudebereich ist noch immer für fast einen Viertel der gesamten Treibhausgasemissionen und für etwa 40% des Energieverbrauchs der Schweiz verantwortlich.

Das Bundesgesetz über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung untersteht dem fakultativen Referendum. Dieses wurde bisher nicht ergriffen, weshalb voraussichtlich nicht direkt darüber abgestimmt wird. Der Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften hingegen entspricht einer Verfassungsänderung und unterliegt deshalb dem obligatorischen Referendum. Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird darüber abgestimmt. Da die beiden Vorlagen verknüpft sind, verhindert eine Ablehnung des Bundesbeschlusses über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften jedoch die Abschaffung des Eigenmietwerts.

GRÜNE HAUPTARGUMENTE

ES DROHEN STEUERAUSFÄLLE IN MILLIARDENHÖHE

Wegen eines angeblichen «Einnahmeproblems» – in Tat und Wahrheit aber aufgrund der massiven Erhöhung des Armeebudgets und dem sturen Festhalten an der zukunftsfeindlichen Schuldenbremse – hat der Bundesrat ein milliardenschweres Sparpaket auf den Weg gebracht. Gekürzt werden soll bei Kitas, beim Klimaschutz, beim öffentlichen Verkehr oder bei den Prämienverbilligungen. Studierenden droht der Bundesrat gar mit einer Verdoppelung der Studiengebühren.

Trotzdem soll nun auch noch der Eigenmietwert abgeschafft werden, was zu jährlichen Steuerausfällen von rund 1.6 Milliarden Franken führen würde, wovon rund ein Drittel beim Bund anfällt. Das ist verantwortungslos und wird beim Bund und wohl auch in den Kantonen zu weiteren Sparmassnahmen und Kürzungen beim Klimaschutz oder der sozialen Sicherheit führen. Und ob die kantonalen Einnahmeausfälle mit der neuen Objektsteuer kompensiert werden können, ist fraglich. Dafür müssten die bürgerlich dominierten Kantonsparlamente erst eine neue Objektsteuer einführen.

ES DROHT EIN MASSIVER RÜCKSCHRITT BEIM KLIMASCHUTZ

Der Bundesrat ist mit seinem Sparpaket gerade daran, den Klimaschutz in der Schweiz zurückzubauen. Sein Ziel ist u.a. die Abschaffung des Gebäudeprogramms, mit welchem energetische Sanierungen unterstützt werden. Selbst die Bundesämter für Umwelt und Energie kommen zum Schluss, dass durch das Sparpaket die klimapolitischen Verpflichtungen der Schweiz gefährdet sind. Kein Wunder, denn der Gebäudebereich ist noch immer für fast einen Viertel der gesamten Treibhausgasemissionen und rund 40% des Energieverbrauchs der Schweiz verantwortlich.

Neben den Unterstützungsbeiträgen sollen mit der Abschaffung des Eigenmietwerts nun auch noch die Steuerabzüge für Energiesparmassnahmen wegfallen. Das heisst, dass für Hauseigentümer*innen die Anreize für energetische Gebäudesanierungen nochmals gesenkt werden. Angesichts der fortschreitenden Klimaerhitzung und den nach wie vor ungenügenden Klimaschutzmassnahmen ist das für uns GRÜNE nicht akzeptabel.

ANTRAG DER GESCHÄFTSLEITUNG

1. Nein-Parole zum Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (obligatorisches Referendum).
2. Nein-Parole zum Bundesgesetz über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung (für den Fall, dass ein entsprechendes fakultatives Referendum zu Stande kommen sollte).

WEITERE INFORMATIONEN

Bundesgesetz über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung:

- Beratung im Parlament: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
- Abstimmung im Parlament: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
- Gesetzestext: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

- Beratung im Parlament: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
- Abstimmung im Parlament: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
- Gesetzestext: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

REVISIONSSTELLE

Antrag der Geschäftsleitung an die Delegiertenversammlung

ANTRAG

Die Geschäftsleitung beantragt der Delegiertenversammlung, für die Revision der Jahresrechnung die Revisionsstelle Von Graffenried AG Treuhand zu beauftragen.

BEGRÜNDUNG DES ANTRAGS

Die Revision der GRÜNEN Schweiz wurde bis anhin von jeweils zwei gewählten Revisor*innen durchgeführt. Die Jahresabschlüsse der GRÜNEN Schweiz werden Jahr für Jahr umfangreicher (steigende Einnahmen, mehr Buchungen). Auf Empfehlung der letzten Revisor*innen und angesichts des wachsenden Finanzvolumens beantragt die Geschäftsleitung, die Revision künftig von einer professionellen Revisionsstelle durchführen zu lassen.

Die Von Graffenried AG hat bereits langjährige Erfahrung in der Wirtschaftsprüfung insbesondere von Vereinen, Verbänden und Stiftungen im Non-Profit-Bereich.